

Rainer Zitelmann

WOHIN TREIBT UNSERE REPUBLIK?

Wie Deutschland links
und grün wurde

Der Autor

Rainer Zitelmann wurde 1957 in Frankfurt am Main geboren. Er studierte von 1978 bis 1983 Geschichte und Politikwissenschaft und schloss sein Studium „mit Auszeichnung“ ab. 1986 promovierte er bei Prof. K. O. Frhr. von Aretin mit einer Arbeit über „Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs“ zum Dr. phil. Von 1987 bis 1992 arbeitete Zitelmann am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin. Danach war er Cheflektor des Ullstein-Propyläen-Verlages, damals die drittgrößte Buchverlagsgruppe Deutschlands. Von 1993 bis 2000 leitete er verschiedene Ressorts der Tageszeitung „Die Welt“, bevor er sich im Jahr 2000 selbstständig machte. Er gründete das PR-Unternehmen Dr. ZitelmannPB. GmbH, das seitdem Marktführer für die Positionierungsberatung von Immobilienunternehmen in Deutschland ist. Im Jahr 2016 verkaufte er das Unternehmen.

Im Jahr 2016 promovierte er ein zweites Mal – diesmal in Soziologie zum Dr. rer. pol. – bei dem Reichtumsforscher Prof. Wolfgang Lauterbach an der Universität Potsdam. Diese zweite Dissertation befasste sich mit der „Psychologie der Superreichen“. Das Buch fand große Beachtung in den Vereinigten Staaten, China und Südkorea, wo es unter dem Titel „The Wealth Elite“ erschien.

Zitelmann hat bislang 24 Bücher geschrieben und herausgegeben, die weltweit in zahlreichen Sprachen erfolgreich sind. Er ist ein gefragter Vortragsredner in Asien, den Vereinigten Staaten und Europa. In den vergangenen Jahren schrieb er Artikel oder gab Interviews in führenden

Medien wie Le Monde, Corriere de la Serra, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Neue Zürcher Zeitung, Daily Telegraph, Times, Forbes, National Interest, Washington Examiner und zahlreichen Medien in China und Korea. Mehr Informationen über den Lebensweg von Rainer Zitelmann finden Sie in seiner Autobiografie „Wenn du nicht mehr brennst, starte neu!“

Deutschland driftet nach links

Vorwort zur Neuauflage 2021

„Soweit ich sehe, ist dies das erste Buch, das die demoskopischen Daten mit Sachkenntnis voll in die Analyse einbezieht ... Zahlreiche Zusammenhänge werden hier nüchtern, ohne Polemik, mit vorzüglicher Kenntnis von Personen und Fakten übersichtlich beschrieben; damit sichert dieses Buch die Kenntnis von Vorgängen der Zeitgeschichte, die drohten, nicht mehr wahrnehmbar zu sein.“

Elisabeth Noelle-Neumann, Institut für Demoskopie, Allensbach

Dieses Buch erschien erstmals 1994. Aber die darin enthaltenen Analysen sind - leider - aktueller denn je. Deshalb habe ich mich für eine Neuauflage entschieden. Das Buch, das Sie in der Hand halten, ist ein unveränderter Nachdruck jener Schrift, die ich vor fast 27 Jahren verfasst habe.

- Ich zeige in dem Buch, wie Deutschland links und grün wurde, und warne vor folgenden Entwicklungen:
- Deutschland driftet nach links, die 68er haben entscheidende Schaltstellen in Medien, Politik, Universitäten und Kirchen besetzt.
- Die Grünen bestimmen immer stärker die politische Diskussion und den Zeitgeist.
- Die CDU passt sich zunehmend an Grüne und Sozialdemokraten an.
- In den Medien dominieren linke Einstellungen.

- Die SPD bewegt sich auf die PDS (so hieß damals die Ex-SED, die sich heute DIE LINKE nennt) zu und wird mit ihr Koalitionen auf Landes- und Bundesebene bilden.
- Die Political Correctness bedroht die freie Diskussion über Themen wie etwa die Zuwanderung.
- An die Stelle des antitotalitären Konsenses des Grundgesetzes tritt immer mehr ein „antifaschistischer“ Konsens, verbunden mit einem Anti-Antikommunismus.

Ich veröffentliche das Buch nicht vor allem deshalb wieder, um zu zeigen, dass ich in vielerlei Hinsicht recht gehabt habe. Lieber wäre es mir, ich hätte unrecht behalten und man könnte das Buch heute getrost vergessen. Ich veröffentliche es, um zu zeigen, was die langfristigen Ursachen dieser Fehlentwicklungen sind.

Zudem trägt das Buch vielleicht auch zur Zerstörung mancher Legenden bei. Eine dieser Legenden lautet, die CDU sei unter Helmut Kohl eine dezidiert konservative Partei gewesen und erst mit Angela Merkel habe die Vergrünung und Sozialdemokratisierung der Union begonnen. Ich habe im fünften Kapitel formuliert, mit der sogenannten Modernisierung der Union, die lange vor Angela Merkel begonnen habe, sei „im Grund jedoch nichts anderes gemeint als die Anpassung an den von 1968 geprägten Zeitgeist“.¹

Vor allem zeigte ich, dass die Grünen viel stärker sind, als es nach den Wahlergebnissen schien: „Bei vielen Fragen ist es heute schon so, dass die Grünen die Richtung vorgeben, dann die SPD nachzieht und schließlich die Union mit einem deutlichen Verzögerungseffekt nachhinkt.“² Als ich diese Zeilen schrieb, waren die Grünen nicht einmal im Deutschen Bundestag vertreten, da sie bei den Bundestagswahlen 1990 an der 5-Prozent-Hürde gescheitert waren. Dennoch war ich der Meinung, dass der Einfluss der Grünen erheblich sei – und weiter steigen werde.

Als Beispiele für diese These nannte ich die Debatten über die Frauenquote und die Kernenergie, bei denen sich die grünen Positionen erkennbar durchzusetzen begannen. Der Atomausstieg wurde dann in der Tat sechs Jahre, nachdem ich dies geschrieben hatte, beschlossen, nämlich unter der ersten rot-grünen Bundesregierung mit der „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000“. Auch bei der Quotenregelung sollte sich meine These bewahrheiten: Die CDU führte zwei Jahre, nachdem ich dies geschrieben hatte, tatsächlich erstmals ein „Frauenquorum“ ein.

Mein Befund damals: „Die Einwirkungen der grünen Partei gehen weit über ihre Beteiligung an Landesregierungen und die in Wahlen dokumentierten Erfolge hinaus. Entscheidender ist, dass es den Grünen immer wieder gelang, politische Themen zu besetzen und die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Diskussion zu übernehmen. Dies konnte jedoch nur geschehen, weil sie überdurchschnittlich viele Sympathisanten in den Medien hatten und haben und weil die Reihen ihrer natürlichen Widersacher, also parteipolitisch gesehen die CDU, bereits innerlich aufgeweicht waren und maßgebende Politiker der Union entscheidende Positionen der Grünen schon übernommen hatten.“³ Sätze wie diese belegen, dass viele Entwicklungen, die heute von Konservativen und Liberalen kritisiert werden, viel früher begannen, als man heute annimmt.

Ein ganzes Kapitel des Buches (VI) habe ich der Macht der Medien gewidmet. Hier heißt es, dass die 68er „in kaum einem gesellschaftlichen Bereich so erfolgreich wie bei den Medien“ waren.⁴ Nur wenn man diese Entwicklung versteht, kann man auch die Entwicklung der Parteien verstehen. Denn, so mein Argument: „Zwar entscheiden die Wähler alle vier Jahre über die Wiederwahl eines Politikers bzw. einer

Partei, aber die Medien können praktisch täglich darüber entscheiden, ob Verfehlungen eines Politikers zum ‚Skandal‘ werden oder nicht.“⁵

Als Beispiel führte ich eine „bislang beispiellose Kampagne ... im Juli 1993 nach einem Anti-Terroreinsatz der Spezialeinheit GSG 9 in Bad Kleinen“ an. Der „Spiegel“ und das Fernsehmagazin „Monitor“ hatten, wie ich kritisierte, „unseriös gearbeitet, sich auf offenkundig unglaubwürdige Zeugenaussagen eingelassen oder diese sogar absichtlich manipuliert, um die absurde These einer ‚Hinrichtung‘ des RAF-Terroristen Wolfgang Grams zu ‚beweisen‘“.⁶ Damals mussten der Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der Vizepräsident des BKA Gerhard Köhler, Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) und weitere Personen zurücktreten. Erst 26 Jahre, nachdem ich dies geschrieben hatte, gab der „Spiegel“ öffentlich diesen schweren Fehler zu, bei dem ideologische Vorurteile stärker gewesen waren als seriöse Recherche.⁷

Nur deshalb, weil Politiker sich oftmals mehr an Medien als an ihren Wählern orientieren, so argumentierte ich, „ist es zu erklären, dass sich Politiker beispielsweise in der Asyl- und Ausländerpolitik über viele Jahre lieber in Widerspruch zur Mehrheitsmeinung ihrer Wähler gesetzt haben, als sich in einen Gegensatz zum Medientenor zu begeben“.⁸ Mit nur wenigen Ausnahmen „bemühten sich fast alle Printmedien - und erst recht die elektronischen Medien - darum, die Probleme der massenhaften Einwanderung herunterzuspielen oder durch appellative „Ausländerfreundlichkeits“-Kampagnen zu überdecken“.⁹

Heute, im Jahre 2020, wird viel über politische Korrektheit diskutiert, die immer absurdere Formen annimmt. Doch wer meint, dieses Phänomen sei erst in den vergangenen Jahren entstanden, irrt sich sehr. Schon 1994 stellte ich fest: „Denn heute ist eine ruhige und sachbezogene öffentliche Debatte, beispielsweise über Fragen der inneren und der äußeren

Sicherheit unserer Republik, fast unmöglich, weil man kaum noch eine Frage stellen oder einen Gedanken aussprechen kann, ohne an die von den Wächtern der ‚political correctness‘ errichteten Tabus und Denkverbote zu stoßen.“¹⁰ Debatten wie etwa die über den „Umgang mit der Einwanderung“ würden „moralisiert und ideologisiert, pragmatische Lösungen werden dadurch zunehmend erschwert“. All dies sei Ergebnis der „geistig-politischen Linksverschiebung seit 1968“.¹¹

Ich war skeptisch, ob die CDU/CSU dieser Entwicklung Widerstand entgegensetzen werde. Die Zukunft der Union werde davon abhängen, ob es ihr gelinge, in den eigenen Reihen glaubwürdige Persönlichkeiten zu fördern, die für einen modernen, kritischen und national orientierten Konservativismus stehen. „Gelingt ihr dies nicht, dann werden sich diese Kräfte trotzdem formieren, aber außerhalb und möglicherweise gegen die CDU.“¹² Eine solche Entwicklung hielt ich jedoch nicht für wünschenswert, weil ich befürchtete, dass sich eine Partei rechts von der Mitte immer weiter nach rechts außen entwickeln werde.

Mit Blick auf die fast zwei Jahrzehnte später gegründete AfD lohnt es sich, meinen Gedankengang von damals ausführlicher darzustellen. Ich schrieb, bezüglich der Gründung einer Partei rechts von der Union sei „große Skepsis angebracht“.¹³ Die Erfahrung lehre, dass solche Projekte am Anfang auch „Weltverbesserer, Spinner und gescheiterte Existenzen“ anzögen, wie das etwa bei den Grünen der Fall war. Die Medien seien allerdings sehr nachsichtig, wenn es sich um eine linke Partei handle. Im Ergebnis würden diese Kräfte in einer eher linken Partei durch die Parlamentarisierung im Laufe der Zeit marginalisiert.

Ich argumentierte dann weiter: „Die Situation bei einer Partei, die sich rechts von der Mitte etabliert, ist eine ganz andere. Auch hier würde es sich leider wohl kaum

vermeiden lasse, dass eine gewisse Anzahl Extremisten in die Partei eintritt.“ Damit entstehe bald nach außen das Bild einer extremistischen Partei, „was einerseits demokratische Kräfte abschreckt, andererseits jedoch Extremisten anzieht. Der Rechtsextremismus-Vorwurf wird zur self-fulfilling prophecy.“¹⁴

Eine solche Partei werde sich immer weiter nach rechts entwickeln, sagte ich voraus. „Die Zeit ... arbeitet in diesem Fall nicht für, sondern gegen eine solche Partei. Zudem entsteht ein Zweckbündnis aus antifaschistischer Linker und der CDU, denn auch die Union hat kein Interesse daran, dass sich rechts von ihr eine neue Partei bildet.“¹⁵

Ich empfahl, dass die FDP, der ich mich damals angeschlossen hatte und der ich bis heute angehöre, die Lücke im Parteiensystem schließen solle, die eine immer grünere und sozialdemokratischere Union lässt. Vehement wandte ich mich dagegen, dass sich die Liberalen als „Bedenkenträger-Partei im Bereich der inneren Sicherheit“ profilierten, womit man nur potenzielle Wähler abschrecke.¹⁶ Ich meinte damit die Linie, die damals von FDP-Politikern wie Gerhart Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vertreten wurde: „Ein Abschied von jenen linksliberalen Themen, die heute ohnehin von den Grünen glaubwürdiger vertreten werden, wäre Voraussetzung für eine neue positive Profilierung, die zugleich aber mit einem Anknüpfen an traditionelle FDP-Positionen einhergehen sollte.“¹⁷

Die FDP ist diesen Empfehlungen leider nur halbherzig gefolgt. Sie verabschiedete sich zwar unter Guido Westerwelle und Christian Lindner von dem „Bedenkenträger-Kurs“ in der inneren Sicherheit à la Baum und Leutheusser-Schnarrenberger, blieb aber immer wieder auf halbem Wege in der Profilierung stehen. Themen wie etwa der Kampf für geistige Freiheit und gegen Political Correctness - ein urliberales Thema - wurden stark

vernachlässigt. Meiner Meinung nach müsste die Verteidigung der geistigen Freiheit gleichberechtigt neben der Verteidigung der wirtschaftlichen Freiheit im Mittelpunkt der FDP-Politik stehen. Erfreulich ist immerhin, dass gerade jetzt, wo ich diese Zeilen schreibe, der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki ein ausgezeichnetes Buch zu diesem Thema geschrieben hat.¹⁸ Dass die von mir vorgeschlagene Positionierung für eine liberale Partei funktionieren könnte, zeigt sehr gut das Beispiel der liberalen VVD von Mark Rutte in den Niederlanden, die eine sehr klare Haltung in der Einwanderungs- und Europapolitik hat.

Ich lag in vielen Punkten in diesem Buch leider richtig, so auch in meiner Vorhersage, dass die SPD immer stärker mit der PDS (heute: DIE LINKE) zusammenarbeiten werde. Die erste rot-rote Koalition entstand vier Jahre, nachdem ich davor gewarnt hatte, 1998 in Mecklenburg-Vorpommern unter Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD). Es folgten viele weitere Koalitionen auf Landesebene. Und heute streben namhafte Politiker von SPD, Grünen und Linken eine Koalition auf Bundesebene an, sollten sie bei den Bundestagswahlen 2021 die erforderliche Mehrheit erringen. Meine damaligen Warnungen vor einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene erwiesen sich glücklicherweise als verfrüht. Aber richtig bleibt, was ich am Schluss des Buches schrieb: „Ein Wahlsieg der vereinten Linken würde aber nicht einfach nur zu einer anderen Regierung führen, sondern zu einer anderen Republik. Es wäre dies nicht mehr die pluralistische, freiheitlichdemokratische Grundordnung, sondern eine antifaschistisch-demokratische Ordnung - eine ‚DDR light‘, die jedoch für die kommunistischen Kader der PDS nur ein Übergangsstadium auf dem Weg zum Sozialismus darstellen würde.“¹⁹

Zwei Schwächen dieses Buches hatte ich im Vorwort angesprochen, dass nämlich außenpolitische Themen sowie

die Frage nach der „Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ ausgespart blieben.²⁰ Nur eine Anmerkung zur Außenpolitik: Linke Kritiker haben immer wieder behauptet, ich sei ein Kritiker der Westbindung. Das kann man sogar in Wikipedia lesen. Belege dafür fehlen indes, denn die gibt es nicht. Im Gegenteil: Ich hatte hier, wie auch an vielen anderen Stellen, klar geschrieben: „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ... gewinnt die Einbindung unseres Landes in das westliche Bündnis erneut an Wichtigkeit, weil sich durch die Rückkehr in die alte Mittellage neue Unsicherheiten für Deutschland ergeben. Nur die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten kann uns davor bewahren, dass aus unserer neu-alten Lage wieder eine Isolation Deutschlands resultiert.“²¹

Auch das Thema Wirtschaft ist in dem vorliegenden Buch zu kurz gekommen. Fragt man mich, welche Fehlentwicklungen ich heute sehe, dann liegen sie genau in diesem Bereich. Deutschland verabschiedet sich zunehmend von der Marktwirtschaft. In immer mehr Bereiche mischt sich der Staat massiv ein. Die Energiewirtschaft wurde im Namen einer sogenannten Energiewende bereits zu einer ineffizienten Planwirtschaft umgestaltet. Der Mietmarkt wird zunehmend reguliert. Besonders gefährlich ist, dass nun auch die Automobilwirtschaft planwirtschaftlich umgestaltet werden soll: Nicht mehr die Unternehmen und die Konsumenten bestimmen, welche Autos produziert werden, sondern faktisch wird dies in Brüssel mit sogenannten Flottenzielen anhand des Kriteriums der CO₂-Emissionen festgelegt.

Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit sehe ich eine Bedrohung für den Kapitalismus und eine Renaissance sozialistischen, planwirtschaftlichen Denkens. Auch nach dem Zusammenbruch der meisten sozialistischen Systeme Anfang der 90er-Jahre wird regelmäßig erneut irgendwo auf der Welt versucht, die sozialistischen Ideale umzusetzen.

„Dieses Mal“ soll es besser gemacht werden. Zuletzt geschah das in Venezuela, und wieder einmal waren viele Intellektuelle in den westlichen Ländern wie den USA oder Deutschland verzückt von dem Experiment, den „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ zu verwirklichen. Die Folgen des Experiments waren – so wie bei anderen vorangegangenen sozialistischen Großversuchen – katastrophal.

Sogar in den USA träumen heute viele junge Menschen vom „Sozialismus“, wenngleich sie damit nicht ein System wie in der Sowjetunion meinen, sondern eine verklärte und missverstandene Form des skandinavischen Sozialismus. Dabei ist auch diese Variante in den 70er- und 80er-Jahren in Schweden gründlich gescheitert.

Sorge bereitet mir weniger, dass in den nächsten Jahren in westlichen Industrieländern im großen Stil Verstaatlichungen vorgenommen werden könnten und ein offen sozialistisches System eingeführt würde. Viel gefährlicher ist, dass in westlichen Ländern der Markt Stück für Stück zurückgedrängt wird und der planende und umverteilende Staat eine immer wichtigere Rolle spielt. Die Zentralbanken führen sich wie Planungsbehörden auf, die ihre Aufgabe nicht mehr darin sehen, die Geldwertstabilität zu garantieren, sondern die Marktkräfte zu beseitigen. In Europa hat die

Zentralbank den für die Marktwirtschaft entscheidend wichtigen Preismechanismus teilweise außer Kraft gesetzt, weil echte Marktzinsen praktisch abgeschafft wurden. Die maßlose Verschuldung der Staaten wurde dadurch nicht eingedämmt, sondern sogar noch erheblich verstärkt.

„Je länger die Phase der niedrigen Zinsen andauert“, warnt der Ökonom Thomas Mayer, „desto stärker werden die Preise für Vermögenswerte verzerrt und desto größer ist die Gefahr, dass der Ausstieg aus der Politik der niedrigen Zinsen einen erneuten Einbruch der Wirtschaft und eine weitere Finanzkrise zur Folge hat.“ Diese Krisen, das kann

man mit Sicherheit vorhersagen, werden von Politikern und Medien dann dem „Kapitalismus“ zugeschrieben, obwohl sie in Wahrheit gerade aus einer Verletzung kapitalistischer Prinzipien resultieren.

Als Sündenböcke für Fehlentwicklungen müssen vor allem „die Reichen“ herhalten, denen von Politik und Medien die Schuld gegeben wird. Hierüber habe ich ausführlich in meinem Buch „Die Gesellschaft und ihre Reichen“ geschrieben, in dem ich empirisch belege, dass Sozialneid in Deutschland (und auch in Frankreich) besonders stark ausgeprägt ist.

Wenn die Diagnose für die Ursachen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen falsch ist, dann ist auch die Therapie falsch. Und diese Therapie heißt: Noch mehr Staat, noch weniger Markt. Früher haben die Sozialisten die Unternehmen einfach verstaatlicht. Heute wird die Planwirtschaft nicht mehr durch Verstaatlichungen eingeführt, sondern dadurch, dass die Politik den Unternehmen immer stärker hineinredet und sie durch Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Regulierung, Subventionen, Ge- und Verbote ihrer Handlungsfreiheit beraubt.

All dies ist nur möglich, weil viele Menschen einfach nicht wissen (oder vergessen haben), dass die Marktwirtschaft die Basis unseres Wohlstandes ist. Viele junge Menschen kennen sozialistische Systeme, wie sie bis Ende der 80er-Jahre in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten herrschten, nur noch aus den Geschichtsbüchern - wenn überhaupt. Kapitalismus oder freie Marktwirtschaft sind zu Negativbegriffen geworden.

Diese Themen habe ich ausführlich in meinem Buch „Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung“ behandelt, das insofern eine wichtige und aktuelle Ergänzung des vorliegenden Buches ist. Ich hoffe, ich behalte mit meinen Sorgen über eine Renaissance der Planwirtschaft nicht ebenso recht wie mit den

Befürchtungen, die ich in dem vorliegenden Buch artikuliert hatte. Natürlich würde ich manches heute anders formulieren, als ich es in dem vorliegenden Buch getan habe. Es sollte einem Menschen auch zu denken geben, wenn er sich in mehr als einem Vierteljahrhundert nicht weiterentwickelt. Trotzdem habe ich das Buch nicht verändert, denn sonst hätte ich mich mit Sicherheit dem Verdacht ausgesetzt, manche Prognosen im Wissen um die spätere Entwicklung angepasst zu haben. Daher habe ich in diesem Buch kein einziges Wort geändert, denn so bleibt es ein Dokument, das belegt, dass viele Entwicklungen durchaus vorhersehbar waren, und das es uns ermöglicht, zu verstehen, wie Deutschland links und grün wurde.

Rainer Zitelmann, Dezember 2020

Anmerkungen

1 S. →.

2 S. → f.

3 S. →.

4 S. →.

5 S. →.

6 S. →.

7 „Spiegel“ gesteht „journalistische Fehler“ bei Titelgeschichte zu Bad Kleinen ein, in: Die Welt, 29.10.2020.

8 S. →.

9 S. →.

10 S. →.

11 S. → f.

12 S. →.

13 S. →.

14 S. →.

15 S. →.

16 S. →.

17 S. →.

18 Wolfgang Kubicki, Meinungs(un)freiheit. Das gefährliche Spiel mit der Demokratie, Frankfurt 2020.

19 S. →.

20 S. →.

21 S. →.

Weitere Informationen zum Autor finden Sie unter:

www.Rainer-Zitelmann.de

Inhalt

Vorwort

- I. Antitotalitarismus oder Antifaschismus?
- II. Der Bruch von 1968
- III. Das Ende der Abgrenzung
- IV. Die Grünen zwischen Extremismus und Demokratie
- V. Weizsäcker, Geißler und die CDU-Linke
- VI. Die Macht der Medien - und ihre Grenzen
- VII. Der Geist steht links
- VIII. Der Schock von 1989 und das Rollback der Linken
- IX. Auf dem Weg in eine andere Republik
- X. Chancen einer demokratischen Rechten
- XI. Gefahren für die geistige Freiheit

Anmerkungen

Bibliographie

Personenregister

Vorwort

»Wir haben gesiegt« - dies war die Stimmung vieler Konservativer angesichts des Zusammenbruchs des Sozialismus und der Wiedervereinigung Deutschlands. Dem Jubel folgte der Katzenjammer - bei den Rechten. Und dem Katzenjammer folgte eine Phase neuer Hoffnung - bei den Linken. Der deutschen Linken gelang es, nach einer historischen Schrecksekunde ein Rollback zu inszenieren und die schon verloren geglaubte geistig-politische Hegemonie zurückzuerobern. Zwar konnte Helmut Kohl 1994 noch einmal die Wahlen gewinnen, aber der Koalitionspartner FDP ist erheblich geschwächt und die parlamentarische Mehrheit geschrumpft, während jede der drei Linksparteien hinzugewonnen hat. Die Annäherung zwischen Sozialdemokraten und der linksextremistischen PDS erfolgte in einem Tempo, das nur wenige politische Beobachter für möglich gehalten hätten.

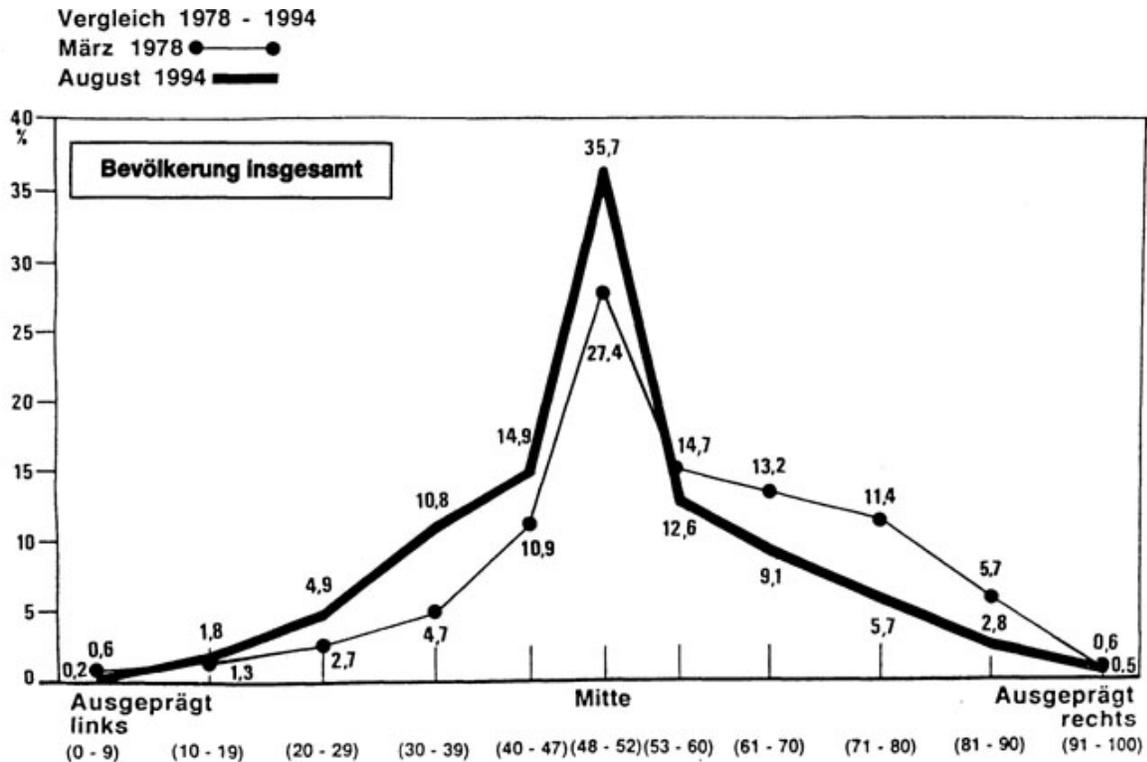
Jetzt brachen wieder längerfristige Entwicklungen durch, die sich seit 1968 in Westdeutschland vollzogen hatten. So ist beispielsweise die rasche Annäherung zwischen PDS und SPD nicht ohne die Analyse jenes Prozesses der »Erosion der Abgrenzung« (Wolfgang Rudzio) zu verstehen, der in den siebziger und achtziger Jahren das Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus in Deutschland verändert hatte. Die Linksverschiebung des Meinungsklimas in der Bundesrepublik ist empirisch nachzuweisen, wie die auf Umfragen des Allensbacher Instituts basierende Grafik (vgl. S. 8) belegt. Dabei ist die Veränderung der öffentlichen Meinung sogar noch das schwächste Indiz für die seit 1968 erfolgte »Linksverschiebung des Spektrums« (Jürgen

Habermas)¹: Während etwa 30 Prozent der Bundesbürger ihren politischen Standort rechts von der Mitte definieren, bezeichnen sich nur etwa 15 Prozent der Journalisten als »konservativ«, »christdemokratisch« oder »rechtsliberal«. Und während sich etwa ein Drittel der Bundesbürger als linksstehend einstuft, versteht sich mehr als die Hälfte der Journalisten als »linksliberal«, »sozialdemokratisch«, »grün-alternativ« oder »sozialistisch«.²

Die politische Einstellung der Journalisten findet ihren Niederschlag in der Berichterstattung. Eine Analyse des Projektes *Medien-Monitor*, das mit dem Instrumentarium der quantitativen Inhaltsanalyse die Haltung führender deutscher Medien zu politischen Sachverhalten untersucht, kam beispielsweise für den Zeitraum vom 19. Oktober bis 4. November 1994 zu folgendem Befund: In den untersuchten Medien fanden sich 295 positive Aussagen zur SPD, 227 zur CDU/CSU, 217 zur PDS, 125 zu Bündnis 90/Die Grünen, 115 zur FDP und 2 zu den Republikanern. Und im Zeitraum vom 6. bis zum 18. Oktober 1994 brachten die Medien etwa gleich viele positive Aussagen zu den Politikern Helmut Kohl (97), Klaus Kinkel (94) und Gregor Gysi (95) - Rudolf Scharping kam hingegen nur auf 73 positive Aussagen.³ Ralf Georg Reuth stellt im Magazin *Focus* zu Recht fest: »Es hat demnach mit dem Zustand der politischen Klasse und ihrer Medien zu tun, wenn so rasch nach dem Niedergang der Diktatur-Partei SED der Wortführer der neuen SED, der PDS, zum Medienstar avanciert.«⁴ Die ständige Beschwörung eines »Rechtsrucks« in der Bundesrepublik ist demgegenüber - Arnulf Baring hat dies auf den Punkt gebracht - »eine Erfindung linker Publizisten« und zeugt von einer extrem verzerrten Wirklichkeitswahrnehmung.⁵

DAS MEINUNGSKLIMA IN DEUTSCHLAND (WEST) VERSCHIEBT SICH NACH LINKS

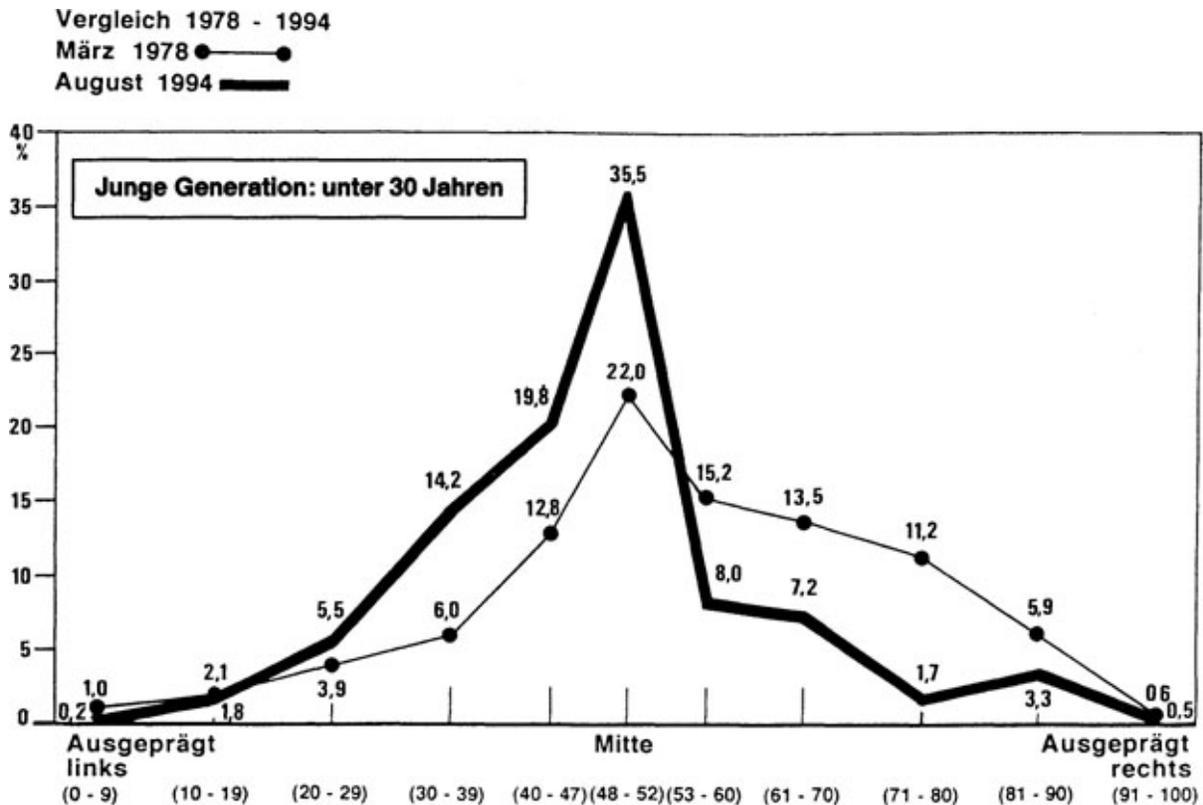
Einstufung des eigenen politischen Standorts zwischen 0=ausgeprägt links und 100=ausgeprägt rechts.



Quelle: Aliensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3054 und 6000

DAS MEINUNGSKLIMA IN DEUTSCHLAND (WEST) VERSCHIEBT SICH NACH LINKS

Einstufung des eigenen politischen Standorts zwischen 0=ausgeprägt links und 100=ausgeprägt rechts



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3054 und 6000

Die Linksverschiebung vollzog sich unabhängig von dem 1982 erfolgten Regierungswechsel. Die linksstehende Publizistin Cora Stephan konstatiert: »Tatsächlich war die >geistig-moralische Wende<, die Helmut Kohl 1982 versprochen hatte, weitgehend ausgeblieben, kam es keineswegs zu einem auf der Linken gefürchteten »großen Aufräumens zu einer konservativen Hegemonie der Gesellschaft. Im Gegenteil: eine eher linksliberale Öffentlichkeit überprüfte die neuen politischen Machtverwalter ständig auf konservative Ambitionen, die, wagten sie sich einmal hervor, von »der Gesellschaft< geübt gekontert wurden... Die 80er Jahre erwiesen sich nachgerade als Habermassches Diskursparadies, waren geprägt von einer über die Medien vermittelten Selbstthematization der Deutschen in Vergangenheit und Gegenwart.«⁶

Die Verschiebung des Koordinatensystems unserer Republik geht auf die Kulturrevolution von 1968 zurück, die wiederum durch Entwicklungen im intellektuellen Bereich, wie die Herausbildung der »Frankfurter Schule« und die Renaissance des Marxismus, vorbereitet wurde. Zwar konnten die 68er ihre Utopien nicht realisieren, aber sie haben in vielen gesellschaftlichen Bereichen geradezu revolutionäre Veränderungen bewirkt. Heute sind sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Dies gilt insbesondere für den Medienbereich, die evangelische Kirche, die Kulturszene, die Universitäten und andere Bildungseinrichtungen. Aber auch die politischen Parteien sind durch diese Generation geprägt - und zwar nicht nur die Grünen und die SPD; der Einfluß reicht bis in die Reihen der Union.

Als die 68er in Westdeutschland scheinbar am Ende waren, weil die linken Utopien an Überzeugungskraft verloren hatten und durch den Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiederkehr des nationalen Gedankens seit 1989 der Prozeß der Entlegitimierung ihrer Macht beschleunigt wurde, erhielten sie Verstärkung durch Hunderttausende kommunistische Kader, Agitprop-geschulte Journalisten und sozialistische »Kulturschaffende« aus der ehemaligen DDR. Hemmungen, sich mit diesen Kräften zu verbünden, wurden - insofern es sie überhaupt gab - rasch überwunden. Deutschland driftet - nicht, wie Friedbert Pflüger 1994 meinte⁷, nach rechts, sondern entschieden nach links.

Wiedervereinigung bedeutet *auch*: die Vereinigung des westdeutschen, von 1968 geprägten linksliberalen Establishments mit Teilen der herrschenden Klasse der ehemaligen DDR. Und es sollte auch nicht verdrängt werden, daß das Bewußtsein der ehemaligen DDR-Bürger durch 40 Jahre sozialistischer Indoktrination geprägt ist, zumal dies offenkundig auch Auswirkungen auf das gesamtdeutsche Meinungsklima hat. Der Befund der

demoskopischen Erhebungen von Elisabeth Noelle-Neumann ist beunruhigend: »Im materiellen Sinne gleichen sich in unerhörter Geschwindigkeit die Ostdeutschen an die Westdeutschen an, während im geistigen Sinne eine Angleichung der Westdeutschen an die Ostdeutschen stattfindet!«⁸

Sind also jene, die vor 1989 die Ewigkeit der Zweistaatlichkeit beschworen und den real existierenden Sozialismus beschönigt haben, die Gewinner der Wiedervereinigung, und jene, die an dem Gedanken der Einheit entgegen dem Zeitgeist festhielten, die Verlierer? Ist der Marsch in eine andere Republik, vor der Bundeskanzler Helmut Kohl 1994 nachdrücklich gewarnt hat, nicht mehr aufzuhalten? Werden wir zur Jahrtausendwende – oder vielleicht schon früher – in einer von der »Linksunion« (Arnulf Baring) aus SPD, Grünen und PDS regierten rot-grünen Republik leben?

Die Entwicklungen, von denen dieses Buch handelt, erzeugen Widerstand und Gegenbewegungen. Ein Beleg dafür ist der *Berliner Appell*, der im Herbst 1994 von 150 prominenten Politikern, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Bürgerrechtlern und Journalisten unterschrieben wurde.⁹ Unter der Überschrift »Wehret den Anfängen!« wurde vor der Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß gewarnt und wurden die Tendenzen zur Verdrängung der kommunistischen Vergangenheit kritisiert. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß konservative Intellektuelle, Politiker und Journalisten zunehmend ausgegrenzt und in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt werden. Die Unterzeichner setzten sich ein »für eine Rückkehr zum antitotalitären Konsens« und »gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine >antifaschistisch-demokratische< Ordnung zu ersetzen«. Zusammen mit meinen Freunden Ulrich Schacht, Heimo Schwilk, Michael

Wolffsohn und Jürgen Braun gehörte ich zu den Initiatoren. Die gleiche Sorge, die uns zu dieser Initiative bewegte, veranlaßte mich dazu, dieses Buch zu schreiben.

»Wohin treibt unsere Republik?« – Der Historiker wie der Beobachter des politischen Geschehens vermag darauf keine sichere Antwort zu geben. Zum Glück sind geschichtliche Entwicklungen nicht determiniert, sondern prinzipiell offen. Nur im nachhinein glauben Historiker, sie wüßten genau, warum es so und nicht anders kommen mußte. Was der Historiker jedoch aus der Rückschau zu leisten vermag, ist nur die Analyse von bestimmten Entwicklungstendenzen, die als Ursachen geschichtlicher Veränderungen benannt werden können. Von solchen Entwicklungstendenzen handelt auch dieses Buch.

Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß wichtige, ja entscheidende Themen, die zur Beantwortung der Frage »Wohin treibt unsere Republik?« behandelt werden müßten, in diesem Buch ausgespart bleiben, so zum Beispiel die nach der Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland oder nach künftigen außenpolitischen Verwicklungen, Gefährdungen und Chancen. Um jedoch die auf uns zukommenden Probleme lösen zu können, bedarf es vor allem einer Änderung des geistig-politischen Klimas. Seine Analyse steht deshalb im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Die Veränderung dieses Klimas ist überhaupt erst die Voraussetzung für einen rationalen Dialog über Sachfragen. Denn heute ist eine ruhige und sachbezogene öffentliche Debatte, beispielsweise über Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit unserer Republik, fast unmöglich, weil man kaum noch eine Frage stellen oder einen Gedanken ansprechen kann, ohne an die von den Wächtern der »political correctness« errichteten Tabus und Denkverbote zu stoßen.

»Tabuzüchtung im Dienst der Aufklärung«, so konstatierte jüngst Martin Walser, sei das »Charakteristikum dieses Jahrzehnts«. Der »Tugendterror der political correctness«

habe die »freie Rede zum halsbrecherischen Risiko« gemacht. Wer es dennoch wage, frei zu sprechen oder zu schreiben, müsse darauf gefaßt sein, daß das Gesagte »durch selektives Zitieren wieder zu einem rechtsextremen Horrortext gemacht wird«. ¹⁰ Der Tabuschleier, der sich über unsere Republik gelegt hat, ist keineswegs nur ein Problem für die intellektuelle Debatte, die zu ersticken droht. Auch die politische Diskussion über die uns bedrängenden Probleme wie etwa die Möglichkeiten einer wirksamen Verbrechensbekämpfung, den Umgang mit der Einwanderung oder auch die Klärung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands wird moralisiert und ideologisiert, pragmatische Lösungen werden dadurch zunehmend erschwert. Dies ist Ergebnis der geistig-politischen Linksverschiebung seit 1968. Erst wenn die Mechanismen dieser Veränderung verstehbar werden, kann sie auch aufgehoben und umgekehrt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch eine nüchterne, historisch-politische Bestandsaufnahme. Das vorliegende Buch ist ein Versuch dazu.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Büchern, die ich geschrieben oder herausgegeben habe, kann ich bei diesem Thema nicht den Standpunkt des distanzierten und unparteilichen Geschichtswissenschaftlers einnehmen. Die Distanz fehlt mir schon deshalb, weil das Buch zum größten Teil von politischen Entwicklungen handelt, die ich miterlebt habe. Die 70er Jahre habe ich als politisch sehr weit links stehender Schüler und Student erlebt. Die Gründe, warum ich mich von diesem linken Standpunkt zunehmend entfernt habe, sind vielfältig. Der wichtigste Grund war die bittere Erfahrung, daß die Freiheit der politischen und intellektuellen Debatte, die mir ganz besonders am Herzen liegt und die von linker Seite immer wieder vehement gegen die Konservativen eingefordert wurde, in dem Maße von der Linken beschnitten wurde, wie es ihr gelang,

Machtpositionen zu besetzen und Teil des Establishments zu werden.

Ich habe Freunden und Kollegen für Kritik an dem Manuskript zu danken. Wichtig waren mir die Hinweise von Dr. Tilman Fichter (Berlin), Ansgar Graw (Berlin), Prof. Dr. Eckhard Jesse (Chemnitz), Rainer Laabs (Berlin), Dr. Klaus Rainer Röhl (Köln), Heimo Schwilk (Berlin), Dr. Enrico Syring (Gießen) und Dr. Karlheinz Weißmann (Göttingen). Für die Korrektur bedanke ich mich bei Herrn Hans-Ulrich Seebohm. Vor allem möchte ich jedoch Frau Prof. Dr. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann herzlich danken, die mich immer wieder auf Umfragen des von ihr geleiteten Allensbacher Instituts aufmerksam gemacht hat. Ich war froh, daß sie und ihre Mitarbeiter jene Fragen gestellt hatten, auf die ich Antworten suchte. Ohne das Archivmaterial und die Jahrbücher, die Frau Noelle-Neumann mir zur Verfügung gestellt hat, wäre dieses Buch bedeutend ärmer an Belegen.

Rainer Zitelmann, Berlin im Dezember 1994

Die vorliegende 2. Auflage wurde erweitert um das [Kapitel XI](#): »Gefahren für die geistige Freiheit«. Ich beschreibe hier im wesentlichen besorgniserregende Entwicklungen, die sich nach Fertigstellung der 1. Auflage ereignet haben.

Rainer Ziteimann, Februar 1995

I. Antitotalitarismus oder Antifaschismus?

Der antitotalitäre Konsens

Am Anfang war der Antitotalitarismus. Prägend für die ersten Jahre unserer Republik wirkte die Doppelerfahrung des nationalsozialistischen und des kommunistischen Totalitarismus. Die Männer, die die Bundesrepublik gründeten und ihre Politik in den fünfziger Jahren leiteten, waren über fast alle Bereiche der Politik unterschiedlicher Meinung: Sollte die Wirtschaftsordnung des neuen Staates nach planwirtschaftlichen oder nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestaltet werden? Sollte die Integration Westdeutschlands in die entstehende westliche Gemeinschaft die zentrale Aufgabe deutscher Politik sein, oder das Streben nach Wiedervereinigung? Unumstritten war nur eines: die entschiedene und kompromißlose Ablehnung jeder Art von Diktatur, ob unter rotem oder braunem Vorzeichen.

Konrad Adenauer beschreibt in seinen Memoiren diese Grundeinstellung so: »Der nationalsozialistische Staat hatte uns die Augen dafür geöffnet, welche Macht ein diktatorisch regierter Staat besaß. Ich hatte die Greuelthaten des Nationalsozialismus, die Folgen einer Diktatur kennengelernt... Ich hatte von den Verbrechen gehört, die an den Juden begangen, die von Deutschen an Deutschen verübt worden waren. .. Vom Osten her drohte die atheistische, kommunistische Diktatur. Wir sahen am

Beispiel der Sowjetunion, daß eine Linksdiktatur mindestens so gefährlich war wie eine Rechtsdiktatur.«¹

Auch Adenauers Gegenspieler, der sozialdemokratische Oppositionsführer Kurt Schumacher, war ein ebenso entschiedener Gegner des Nationalsozialismus wie des Kommunismus. Schumacher hatte zehn Jahre seines Lebens in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches verbracht. Aber aus dieser Erfahrung resultierte für ihn keineswegs eine Gemeinsamkeit mit den Kommunisten, die ja ebenfalls Opfer des Nationalsozialismus waren. Vielmehr bestärkte ihn seine Erfahrung mit dem Nationalsozialismus in der Ablehnung jeder totalitären, anti-freiheitlichen Ideologie. Sein Antikommunismus speiste sich jedoch – anders als bei Adenauer – zugleich auch aus einer dezidiert nationalen Haltung. Die deutschen Kommunisten sah er als Agentur des sowjetischen Imperialismus, schon deshalb bekämpfte er sie mit aller Konsequenz und lehnte jedwede Form der Zusammenarbeit mit ihnen ab.

Die später verpönte Gleichsetzung der kommunistischen und der nationalsozialistischen Diktatur war in den fünfziger Jahren für alle demokratischen Politiker eine Selbstverständlichkeit. Bundespräsident Theodor Heuss erklärte beispielsweise 1952 bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit, daß das »Verfahren, um einer Ideologie willen den anderen als Feind anzusehen«, noch nicht überall ausgestorben sei: »Statt Jude sagt man Bourgeois oder Burschui, und schon ist ein volkseigener Betrieb aus der Väter Arbeit geworden.«² Und der nationalliberale Politiker Thomas Dehler erklärte im Mai 1950: »Der Kommunismus ist der anders gefärbte Zwillingsbruder des Nationalsozialismus, er bedeutet wie dieser Zwang und Furcht... Der Kommunismus ist der Todfeind jeder Demokratie. Käme er jemals bei uns zum Einfluß, so wäre es um die staatsbürgerlichen Freiheiten getan. Ein neuer autoritärer Machtstaat würde aufgerichtet.«³

Später, in den sechziger Jahren, wurde es üblich, im Antikommunismus eine Vorform faschistischen Denkens zu sehen, da ja auch die Nationalsozialisten Antikommunisten waren. Man sprach von bedenklichen Kontinuitäten zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik und sah im »primitiven Antikommunismus« die ideologische Gemeinsamkeit, die beide Systeme einte. Dagegen spricht aber, daß die entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus oft auch die entschiedensten Antikommunisten waren.

Die Beispiele von Ernst Tillich und Rainer Hildebrandt, den Gründern der antikommunistischen »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«, verdeutlichen, daß es eben auch eine Kontinuität von »Antinazismus« und »Antikommunismus« gab. Der religiöse Sozialist Ernst Tillich gehörte zur Bekennenden Kirche, wurde 1936 von der Gestapo verhaftet und verbrachte einige Jahre im KZ Oranienburg-Sachsenhausen und im Gefängnis am Alexanderplatz. Rainer Hildebrandt hatte zum Kreis um den Geopolitiker Albrecht Haushofer gehört und war im Frühjahr 1943 verhaftet worden. Nach einem Jahr Haft wurde er im Juni 1944 entlassen, jedoch nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 erneut für sechs Wochen inhaftiert. Hildebrandt und Tillich betrachteten beide Totalitarismen - Kommunismus und Nationalsozialismus - als gleichartig. Sie zogen nach 1945 die Lehre, daß es den Anfängen jeder Diktatur zu wehren gelte. »Man hat uns vorgeworfen, wir hätten zu viel geschwiegen, wir seien nicht aufgestanden, wir hätten alles über uns ergehen lassen«, erklärte Hildebrandt im Mai 1949. Diesem auf die nationalsozialistische Vergangenheit bezogenen Vorwurf stellte er jedoch sofort die Gegenwart gegenüber: »Werden nicht täglich Menschen in der Ostzone verhaftet, weil für sie stillschweigendes Zusehen gleich viel gewesen wäre, wie wenn sie das Unrecht selbst verübt hätten? Die Männer, die Flugblätter verteilen, die Unmenschlichkeit aufdecken, dem System des NKWD

nachspüren, sind alle Todeskandidaten.« Hildebrandt sprach hier von der konkreten Widerstandstätigkeit der antikommunistischen Kampfgruppe, deren Tätigkeit er in Kontinuität zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus sah: »*Wir haben* die Lehren aus der Vergangenheit gezogen!«⁴

In einer von der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« herausgegebenen Broschüre hieß es 1949: »Sachsenhausen und Buchenwald - diese beiden Namen empfand die Welt als gleichnishaft für die Unmenschlichkeit, Barbarei und den Sadismus des Nationalsozialismus. Und heute haben Sachsenhausen und Buchenwald wieder oder noch immer symbolhaften Klang für einen anderen, nicht weniger furchtbaren Verächter der Menschlichkeit, den sowjetischen Kommunismus. Wo früher die SS quälte und folterte, tun gleiches heute die NKWD und ihre deutschen Söldlinge.«⁵

Während es in den siebziger und achtziger Jahren in »aufgeklärten« Kreisen als »reaktionär« galt, von Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung in den kommunistischen Staaten zu sprechen, war die Erfahrung des roten Totalitarismus in den fünfziger Jahren allgegenwärtig. Nicht nur die Berichte über die Zustände in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR, sondern auch der Eindruck der imperialistischen Expansionspolitik der Sowjetunion, die Ereignisse in Prag (1948), Korea (1950), Ost-Berlin (1953) und Budapest (1956) stärkten den antitotalitären Konsens auch in seiner antikommunistischen Komponente, die in späteren Jahren zunehmend negiert wurde. »Der Begriff der >freien Welt<, so sehr er sich als Schlagwort später verbrauchen mochte, bezeichnete damals etwas sehr Reales, und zwar in doppeltem Sinne: sowohl die Befreiung vom Joch der NS-Herrschaft wie nun auch die Verteidigung gegen eine neue diktatorische Überwältigung.«⁶